

1 Jahr Energiewende – eine Bilanz

Atomausstieg begonnen – Energiewende stockt – Klimaschutzziele aus dem Blick

Berlin / Hamburg, 23.5.2012

2011 haben durch das Abschalten von acht Atomkraftwerken die erneuerbaren Energien (20 %) erstmals mehr Strom erzeugt als die Atomkraftwerke (18 %). Anders als viele Gegner der Energiewende es prophezeiten, blieb die Stromversorgung sicher. Unterm Strich ist Deutschland Stromexporteur geblieben. Die Preise an der Strombörse sind nicht gestiegen und es gibt auch keine Signale, dass sich daran in den nächsten Monaten etwas ändert. Und die wichtigste Nachricht: Trotz des Abschaltens der AKW ist im Jahr 2011 der CO₂-Ausstoß der deutschen Energiewirtschaft gesunken. Damit ist die Behauptung der AKW-Betreiber widerlegt, dass Atomausstieg und Klimaschutz nicht zusammenpassen. Der BUND und Greenpeace sehen sich in ihren Aussagen durch diese Fakten bestätigt.

Der Atomausstieg kann und muss wesentlich schneller als bisher vorgesehen umgesetzt werden. Dies ist möglich, wenn die Energiewende wie von der Bundesregierung im letzten Sommer angekündigt, endlich beschleunigt wird. Denn hier haben bislang viele die Ankündigung mit den Tatsachen verwechselt. Vor allem hat die Bundesregierung bisher keine konkreten Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs auf den Weg gebracht. Aber damit nicht genug. Die Energiewende ist ins Stocken geraten. Die Bundesregierung hat mit dem Versuch einer hektischen und überzogenen Kürzung der Photovoltaik-Förderung bereits die Axt an die Energiewende gelegt.

Weil der Stromverbrauch nicht sinkt, die Gebäudesanierung nicht engagiert angegangen und der Ausbau der erneuerbaren Energien wieder gebremst werden und weil der Emissionshandel wirkungslos ist, ist Deutschland derzeit nicht in der Lage, seine mittel- und langfristigen Klimaschutzziele erreichen zu können.

Die Energiewende wird auch nicht fehlenden Stromleitungen scheitern, wenn diese Aufgabe ernsthaft angegangen wird. Gut geplante Strecken für die der energiewirtschaftliche Bedarf nachgewiesen ist, werden sich auch realisieren lassen.

Der BUND und Greenpeace fordern eine entschlossene Umsetzung und Beschleunigung der Energiewende. Diese muss mit den Bürgern und unter Beachtung des Naturschutzes erreicht werden.

Die Energiewende im Check

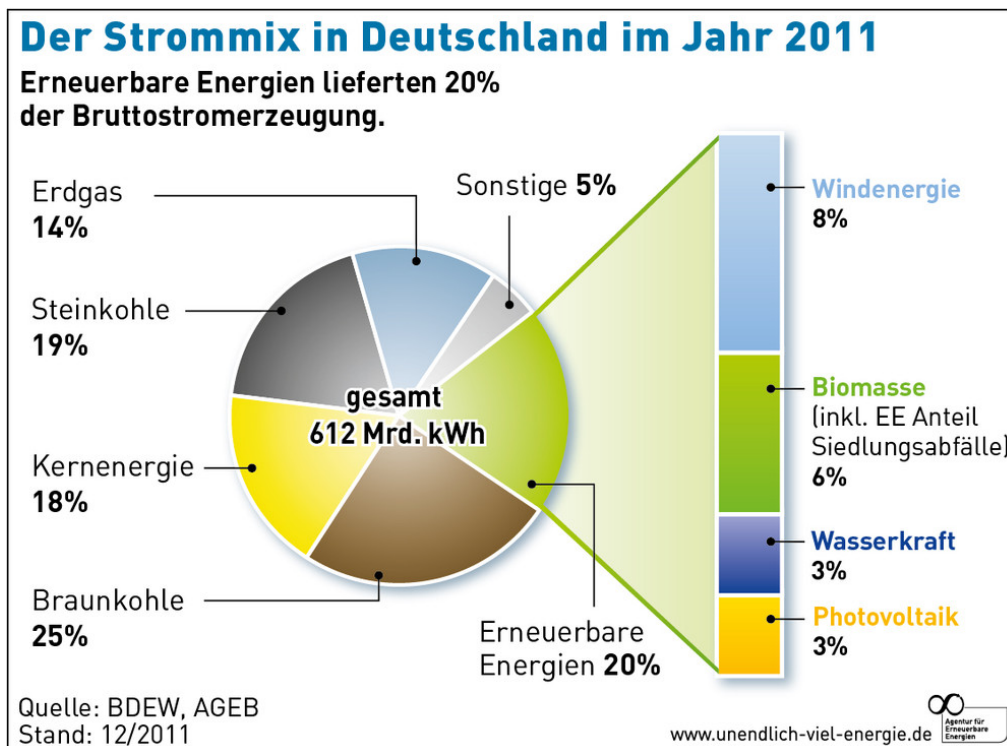
1. Was funktioniert?

Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Strombereich

Das EEG, an dem die Bundesregierung bei ihren Beschlüssen zur Energiewende im letzten Sommer wenig geändert hat, ist nach wie vor sehr erfolgreich.

Insbesondere der Ausbau der Photovoltaik verläuft gut und der Ausbau der Windenergie ist nicht mehr nur auf die norddeutschen Bundesländer beschränkt. Die politischen Blockaden in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern wurden aufgehoben. Viele Bundesländer setzen sich ambitionierte Ausbauziele.

Der Ausbau geht auch im Jahr 2012 engagiert weiter: Die Erzeugung von Ökostrom hat in den ersten vier Monaten deutlich zugelegt. Nach Berechnungen des BDEW betrug das Plus bei Windstrom 25 % und bei der Photovoltaik 30 % im Vergleich zum Vorjahr. Grund waren die Witterungsverhältnisse aber auch der weiter erfolgreiche Zubau neuer Anlagen.



Der Atomausstieg

Auch nach dem Abschalten von acht Atomkraftwerken blieb die Stromversorgung sicher. Unter dem Strich ist Deutschland Nettostromexporteur geblieben (Überschuss: 6 TWh). Gerade in den kalten Wintermonaten Anfang 2012 konnte Strom ins unter Strommangel leidende Atomstromland Frankreich exportiert werden. Die verminderte Atomstromerzeugung (32 TWh) wurde 2011 durch mehr Erneuerbare (19 TWh) und durch Überkapazitäten (16 TWh) ausgeglichen.

Die Preise an der Strombörse sind nicht gestiegen und es gibt auch keine Signale, dass sich daran in den nächsten Monaten etwas ändert. Und die wichtigste Nachricht: Trotz des Abschaltens der AKW ist im Jahr 2011 der CO₂-Ausstoß der deutschen Energiewirtschaft gesunken. Damit ist die Behauptung der AKW-Betreiber widerlegt, dass Atomausstieg und Klimaschutz nicht zusammenpassen.

Ein schnellerer Atomausstieg wäre möglich und notwendig und wurde auch von der Ethikkommission empfohlen. Die Sicherheitsprobleme der noch laufenden Reaktoren werden bisher von der Bundesregierung nicht ausreichend ernst genommen. Wenn sich in Deutschland ein schwerer Unfall ereignen würde, sind wir nicht darauf vorbereitet, die Notfallpläne sind nach einer Untersuchung des Umweltbundesamtes völlig unzureichend.

Am Beispiel von Japan, das ursprünglich 54 Atomkraftwerke zur Stromproduktion im Einsatz hatte und derzeit ganz ohne Atomkraft auskommt, sieht man, dass die Forderung bis spätestens 2015 in Deutschland auf weitere neun Atomkraftwerke zu verzichten, umsetzbar ist. Eine konsequente Haltung zum Atomausstieg erfordert, auch keine Hermesbürgschaften für Atomkraftwerke und Nukleartechnologien im Ausland zu vergeben. Die Bundesregierung muss sich auch auf europäischer Ebene und international für den Atomausstieg und eine Energiewende einsetzen.

Die Akzeptanz für die Energiewende

Die Akzeptanz für die Energiewende und für den Atomausstieg in der Bevölkerung ist nach wie vor hoch. 61 % der Bundesbürger sind nach einer Umfrage im Auftrag des VKU bereit, für die Energiewende mehr für ihren Strom zu bezahlen. 64 % der Befragten fänden eine erneuerbare-Energien-Anlage in ihrer Nähe gut.

In einer aktuellen Umfrage des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW sprachen sich 75 Prozent der Bevölkerung für den Atomausstieg aus. Und fast jede/r Zweite von diesen ist sogar der Meinung, dass der Ausstieg schneller gehen sollte.

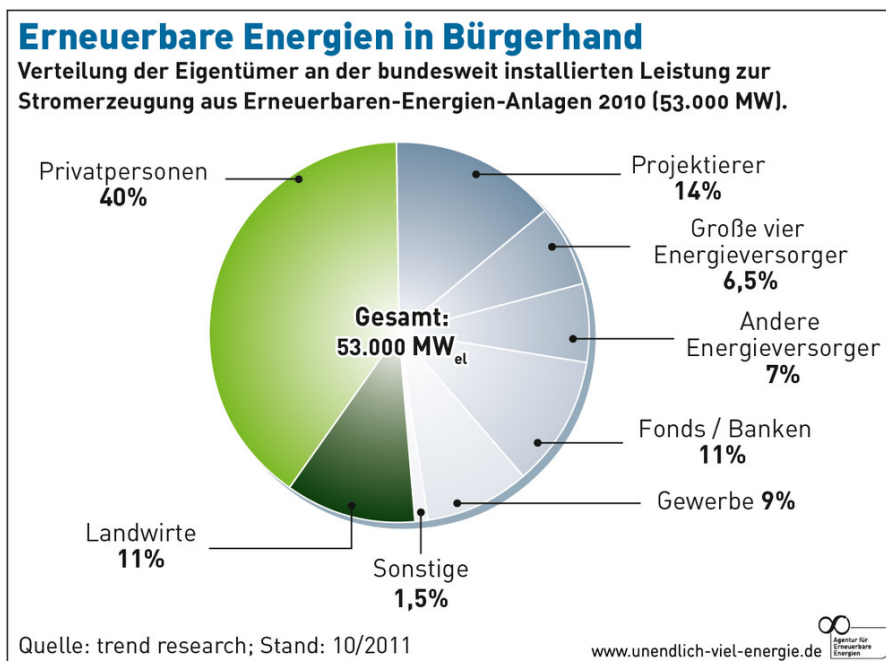


Bürger als Träger der Energiewende

Aktive Bürger haben in den letzten Jahren gegen eine gefährliche und klimaschädliche Energiepolitik „von oben“ protestiert. Sie haben sich gegen die Atomkraft, gegen neue Kohlekraftwerke, gegen Castor-Transporte, gegen Braunkohletagebaue, gegen CCS oder gegen

Gas-Fracking engagiert und engagieren sich weiter. Gleichzeitig nehmen Bürger schon seit vielen Jahren die Energiewende selbst in die Hand. Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt zum Großteil eben nicht über etablierte Energieversorgungsunternehmen, sondern von Privatleuten, neuen Firmen und zu einem großen Teil auch über Bürgergenossenschaften und Bürgerwindparks. Überall dort, wo die Bürger beim Ausbau der Erneuerbaren mitentscheiden und auch mitverdienen können gibt es die größte Akzeptanz und die größte Dynamik beim Ausbau. Die Energiewende droht nicht an den Bürgern zu scheitern, wie gern behauptet wird. Im Gegenteil: Die Energiewende wird von den Bürgern getragen und kann auch nur mit ihnen gelingen.

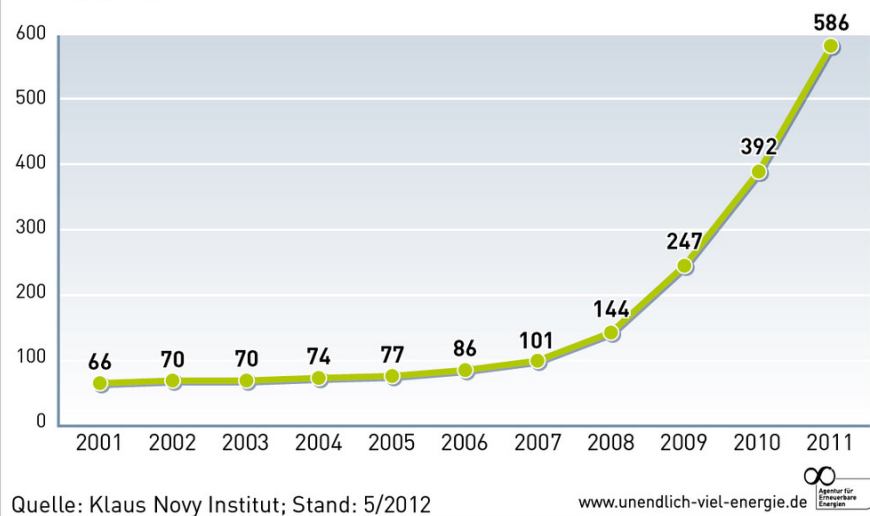
Nach einer Untersuchung von trend research befinden sich mehr als 50 Prozent der installierten Leistung bei den erneuerbaren Energien in der Hand von Privatpersonen und Landwirten (individuell oder genossenschaftlich organisiert).



Dieser Trend setzt sich fort. Auch größere Projekte lassen sich als Bürgerwindparks oder über Bürgergenossenschaften organisieren. Die Zahl der Energiegenossenschaften in Deutschland hat sich innerhalb eines Jahres verdoppelt (Stand 31.12.2011 gegenüber 31.12.2010). Die meisten neuen Genossenschaften wurden in Süddeutschland gegründet, wo es mit dem Ausbau der Windenergie endlich losgeht.

Entwicklung von Energiegenossenschaften in Deutschland

In den letzten drei Jahren gab es eine Vervielfachung der Energiegenossenschaften in Deutschland.

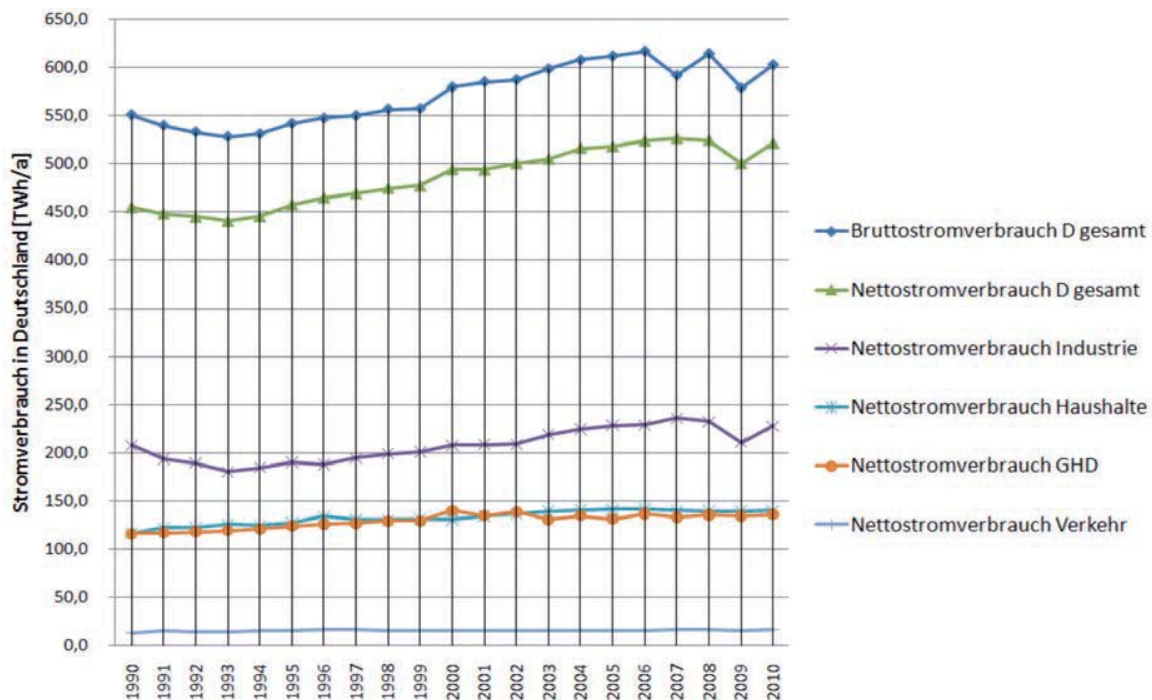


2. Was fehlt? Die Leerstellen der Energiewende.

Senkung des Stromverbrauchs

In Japan hat sich durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima der Umgang mit Energie vollkommen verändert. Mittlerweile sind alle AKW vom Netz. Durch beispiellose nationale Kampagnen wurden Spitzenlast und Stromverbrauch innerhalb eines Jahres um bis zu 20 % gesenkt – Ziel des deutschen Energiekonzeptes sind nur 10 % bis 2020. In Deutschland sind bislang acht AKW von Netz. Bei der Einsparung von Energie sind jedoch kaum Fortschritte zu verzeichnen. Es fehlt der politische Wille, den Energieverbrauch nachhaltig zu senken.

Im Sommer 2011 hat die Bundesregierung beschlossen: Bis 2020 soll zehn Prozent weniger Strom verbraucht werden als 2008. Auf Maßnahmen, die geeignet sind, das Ziel auch zu erreichen, wartet man jedoch bisher vergeblich. Der Stromverbrauch ist für fast die Hälfte aller CO₂-Emissionen verantwortlich. Je schneller wir ihn senken, desto schneller kann er durch 100% erneuerbare Energien gedeckt werden. Klimaschutz und Energiewende sind nicht denkbar, wenn nicht endlich die Stromverschwendung beendet wird.



Entwicklung des Stromverbrauchs in Deutschland 1990 – 2010 gesamt und nach Sektoren, Quelle: BMWi Energie in Zahlen 2011

Die Bundesregierung muss sich aktiv dafür einsetzen. Derzeit passiert das Gegenteil. Die Bundesregierung, allen voran Wirtschaftsminister Phillip Rösler, blockiert in Brüssel die vernünftigen Vorschläge von Günther Oettingers Effizienzrichtlinie. Damit gefährdet sie auch die Energiewende in Deutschland. Eine aktive Energieeffizienzpolitik auf nationaler Ebene ist bislang ebenfalls nicht erkennbar.

Gebäudesanierung

Bis 2020 könnten in Gebäuden durch kostengünstige Maßnahmen über 20 % Energie eingespart werden. Allerdings sind mit der bisherigen Politik die Sanierungsziele der Bundesregierung nicht zu erreichen. Die angekündigte Mittelvervetigung für die Gebäudesanierung auf einem Niveau von jährlich 1,5 Mrd. EUR sollte durch eine Finanzierung aus den Erlösen des CO₂-Handels stattfinden. Stattdessen hat die Bundesregierung die Mittel für 2012 auf 900 Mio. EUR gekürzt. 2009 waren es noch 2,2 Mrd. EUR.

Im Streit um die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen zwischen Bund und Ländern gibt es keine Bewegung. Diese steuerliche Förderung wäre eine wichtige Ergänzung für die direkte Förderung. Die steuerliche Förderung wurde im Juni 2011 vom Bundestag verabschiedet und im Juli 2011 im Bundesrat gestoppt. Seitdem hängen die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss.

Erneuerbare Energien im Wärmesektor

Während die erneuerbaren Energien im Strombereich die Atomenergie im Jahr 2011 überholt haben, fehlt beim Ausbau der Erneuerbaren zur Erzeugung von Wärme (und Kälte) jede Dynamik. Bei der vom Umweltministerium angekündigten Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes ist bisher nichts passiert. Noch nicht einmal der für Ende 2011 angekündigte Erfahrungsbericht zu dem Gesetz liegt bisher vor.

Durch das Nichthandeln ist der Anteil der Erneuerbaren im Wärmebereich von 9,6 Prozent auf 9,4 Prozent gefallen. Die Fördermittel für EE-Wärme hat die Bundesregierung 2012 von 100 auf 50 Mio. Euro gekürzt.

Der BUND und Greenpeace fordern eine Förderung der erneuerbaren Wärme, die eine vergleichbare Dynamik wie im Strombereich auslöst. Eine gesetzliche Regelung muss unbedingt auch für den Gebäudebestand gelten und intelligent mit Anforderungen an die Gebäudeeffizienz verknüpft werden. Insbesondere die Solarthermie gilt es zur massenhaften Anwendung zu bringen.

3. Wo stockt die Energiewende?

Klimaschutz

Der warme Winter 2011 hat zu einem Rückgang des Energieverbrauchs im letzten Jahr in Deutschland geführt und somit auch zu einem Rückgang der CO₂-Emissionen. Mit 450 Millionen Tonnen haben Industrieanlagen und der Energiesektor letztes Jahr rund ein Prozent weniger klimaschädliche Gase ausgestoßen als im Jahr zuvor. Trotz starker Konjunktur und Atomausstieg ist Deutschland also weiterhin auf einem Emissionsreduktionspfad. Da der Rückgang jedoch auch auf den gesunkenen Gesamtenergieverbrauch aufgrund der warmen Witterung zurückzuführen ist, ist fraglich, wie dauerhaft er ist. Bis 2020 will Deutschland 40 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen als 1990 und bis 2050 soll der Emissionsrückgang in Deutschland wie europaweit zwischen 80 und 95 Prozent betragen (im Vergleich zum Basisjahr 1990). Das hat die Bundesregierung mit ihren Energiewendeentschlüssen nochmals bekräftigt.

Laut Umweltbundesamt liegen die deutschen Emissionen jetzt bei knapp über 25 %. Ob die angestrebte Emissionsreduktion von weiteren 15 % in den nächsten acht Jahren erreicht wird, kann jedoch nicht dem Zufall überlassen werden. Alle Bereiche müssen ihren Beitrag zur Reduktion leisten. Von zentraler Bedeutung sind der Energiesektor und die energieintensive Industrie, die zwar dem europäischen Emissionshandel unterliegen, von dort aber momentan keine Anreize haben, emissionsärmer zu produzieren.

Denn derzeit sind so viele überschüssige Zertifikate im Markt, dass der CO₂-Preis zusammengebrochen ist und der Anreiz für Investitionen in emissionsarme Technologien ausbleibt. Der Bundesregierung brechen außerdem Einnahmen für den neuen Energie- und Klimafonds weg, aus dem sie wichtige Energiewende-Maßnahmen wie die Gebäudesanierung finanzieren will. Das Problem hat sie aktuell mit Haushaltsverschiebungen kaschieren können, aber eine tragfähige Lösung ist das nicht.

Deshalb gilt es, den Emissionshandel jetzt zu reformieren, bevor die nächste Handelsperiode 2013 beginnt. Ursächlich für die Probleme sind falsche Annahmen über die Emissionsentwicklung, zu viel zugeteilte Zertifikate und nicht zuletzt die Wirtschaftskrise. Die Industrie kann ihre überschüssigen Zertifikate der jetzigen Handelsperiode in die nächste mitnehmen und erhält darüber hinaus neue Zertifikate für die Folgeperiode 2013-20. Das schafft ein bequemes Polster: Wenn eine Reform des Emissionshandels ausbleibt, muss die Industrie bis 2020 keine einzige Tonne Emissionen einsparen, um das schwache europaweite Klimaziel im Rahmen des Emissionshandels einzuhalten. Deutlich höhere Preise für Emissionszertifikate jedoch würden auch den Neubau von klimaschädlichen Kohlekraftwerken in Deutschland erschweren und so dazu beitragen, die Energiewende zu beschleunigen.

Dazu braucht es eine Erhöhung des EU-Klimaziels auf mindestens minus 30 Prozent bis 2020 und eine dauerhafte Entnahme überschüssiger Zertifikate aus dem Emissionshandel. Auch muss die vereinbarte jährliche Reduktion der CO₂-Mengen (derzeit rund 1,7 Prozent) stärker ausfallen, damit die EU und Deutschland auf den anvisierten Reduktionspfad einschwenken und ihre Klimaziele erreichen können. Die Möglichkeit des Zukaufs von internationalen Zertifikaten muss abgeschafft bzw. zumindest stark begrenzt werden.

Nur so kann die EU-Klimapolitik wieder auf den richtigen Pfad kommen und der Emissionshandel zu einem wirksamen Klimaschutzinstrument werden.

Die Bundesregierung aber hat in den letzten Monaten mit Zurückhaltung gegläntzt, wo ein offensives Eintreten für eine wirksame EU-Klimapolitik notwendig gewesen wäre.

Um- und Ausbau der Stromnetze

Wenn man Wirtschaftsminister Rösler glauben darf, dann droht die Energiewende am langsamen Ausbau der Stromnetze zu scheitern. Und daran soll dann auch noch der Protest von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen schuld sein. Dies ist erwiesenermaßen falsch. Geringes Interesse der Netzbetreiber und schlechte Planungsverfahren waren die Hauptursache des schleppenden Ausbaus. Außerdem fand bisher die Ermittlung des Ausbaubedarfs basierend auf Studien der Deutschen Energieagentur intransparent und mit fragwürdigen Grundannahmen statt. Der Bedarf wurde dann in das Energieleitungsausbaugesetz übernommen und so einer gerichtlichen Überprüfung in konkreten Planungsverfahren entzogen. Eine übergeordnete Prüfung von Alternativen fand nicht statt. Dieses Verfahren führte dazu, dass einige Leitungsausbauprojekte vor Ort keine Akzeptanz fanden und auf Protest stießen.

Auch deshalb hat die Bundesregierung mit dem großen Gesetzespaket zur Energiewende im letzten Sommer die Stromnetzplanung neu geregelt. Für den BUND und Greenpeace ist klar, dass für die Energiewende und die Netzintegration der erneuerbaren Energien die Stromnetze in Deutschland um- und ausgebaut werden müssen. Entscheidend ist dabei jedoch, dass die Ermittlung des Ausbaubedarfs transparent und auf der Basis von nachvollziehbaren Energieszenarien erfolgt. Der erste Schritt ist mit der Konsultation und Genehmigung von Energieszenarien durch die Bundesnetzagentur erfolgt. Aber noch ist völlig unklar, ob der in Sommer vorliegende Netzentwicklungsplan wirklich nachvollziehbar einen allgemein akzeptierten Ausbaubedarf ermittelt. Dies ist aber entscheidend. Es geht nicht um Akzeptanzkampagnen, sondern darum die Bürger mit nachvollziehbaren und überprüfbaren Fakten zu überzeugen, dass für die Energiewende auch neue Stromleitungen erforderlich sind.

Der BUND und Greenpeace fordern von der Bundesnetzagentur, dass Alternativen zu den Plänen der Netzbetreiber untersucht werden müssen. Auch die Auswirkungen einer Reduktion des Stromverbrauchs, einer Senkung der Jahreshöchstlast und einer Regionalisierung der Stromerzeugung müssen geprüft werden. Die Bundesnetzagentur muss über die Strategische Umweltprüfung dafür sorgen, dass das „NOVA-Prinzip“ zentrale Basis für die Netzausbauplanung wird (dies bedeutet, dass Netzoptimierung und Netzverstärkung Vorrang vor dem vor Ausbau der Stromnetze haben müssen).

Ein großes Problem ist, dass die Neubautrassen, bei denen das Genehmigungsverfahren bereits begonnen hat, nicht unter diese Neuregelung fallen. Das bedeutet, dass gerade bei jenen Trassen, deren schleppende Umsetzung von der Politik kritisiert wird, es bei den alten Planungsverfahren bleibt und es keinen transparenten Bedarfsnachweis geben soll.

Der BUND und Greenpeace fordern, dass diese Strecken auf den Prüfstand müssen. Nur dann können jene Trassen, die auch wirklich erforderlich sind auch mit der Unterstützung der Bürger vorangebracht werden.

Subventionen für neue fossile Kraftwerke – Kapazitätsmechanismen – KWK

Derzeit plant die Bundesregierung die Förderung neuer fossiler Kraftwerke. Es besteht die Gefahr, dass am Bedarf vorbei neue Kraftwerkskapazitäten entstehen und dabei der Klimaschutz unter die Räder kommt. Die Zeche zahlt im Zweifel der Verbraucher mit höheren Stromkosten. Wir fordern deshalb, jetzt voll auf den Ausbau und die Flexibilisierung der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu setzen. Für weitere sogenannte ‚Kapazitätsmechanismen‘ zur Sicherung der Stromversorgung besteht aktuell kein Bedarf.

Hintergrund sind die abnehmenden Margen für konventionelle fossile Erzeugungskapazitäten in einem zunehmend durch erneuerbare Energien geprägten Strommarkt. Neuinvestitionen werden sich daher künftig nicht mehr ausreichend schnell amortisieren und Investoren werden von solchen Kraftwerksprojekten absehen. Es werden jedoch in einem Übergangszeitraum noch zusätzliche fossile Kapazitäten benötigt, die flexibel auf die schwankende Produktion von Wind- und Solarstrom reagieren und im Bedarfsfall zusätzlichen Strom liefern können. Hierfür kommen technisch und aus Klimaschutzgründen nur effiziente Gaskraftwerke in Frage, die zugleich Strom und Wärme produzieren. Neue Kohlekraftwerke dürfen dagegen nicht mehr gebaut werden, weil sonst die notwendigen CO₂-Minderungen zur Begrenzung des Klimawandels nicht erreicht werden. Aufgrund ihrer technischen Inflexibilität stehen Kohlekraftwerke strukturell auch dem Ausbau der erneuerbaren Energien entgegen. Trotz dieser eindeutigen Anforderungen an fossile Restkraftwerke – hoch flexibel, effizient und emissionsarm – will die Bundesregierung eine technologieoffene Förderung, ausdrücklich auch für neue Kohlekraftwerke, ermöglichen. So wird diskutiert, ob bereits kurz- bis mittelfristig eine Förderung von neuen fossilen Kraftwerken notwendig ist.

Der BUND und Greenpeace sehen zeitnah kein pauschales Kapazitätsproblem bei der Stromerzeugung. Neue Kraftwerke scheinen derzeit grundsätzlich in ausreichendem Umfang zu entstehen: Der bis 2020 ausschließlich in Erdgaskraftwerken benötigte zusätzliche Neubau wird in verschiedenen Studien (Arrhenius-Institut/Klima-Allianz (2011), BMU-Leiststudie (2012)) mit 3 bis 9 Gigawatt (GW) angegeben. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) führt in seiner aktuellen Kraftwerksliste mit Zeithorizont bis 2020 insgesamt 84 Großherzeugungsanlagen in Bau oder Planung mit einer Gesamtleistung von 42 GW auf. Von den dort aufgeführten insgesamt 29 Gaskraftwerksprojekten sind 24 mit einer Gesamtleistung von 9,27 GW bereits im Bau oder im Genehmigungsverfahren. Flankierend muss der zügige Ausbau von Blockheizkraftwerken (BHKW) mit Wärmespeicherung erfolgen. Unerlässlich ist außerdem, dass Deutschland seine Effizienzziele erreicht, damit der Kraftwerksbedarf reduziert wird.

Statt über neue pauschale Subventionen für fossile Kraftwerke nachzudenken, muss die Bundesregierung den KWK-Anteil bis 2020 auf rund 30 Prozent verdoppeln. Zugleich muss sie die Flexibilisierung der KWK durch die Förderung von Wärmespeichern vorantreiben.

Denn durch die KWK-Technik kann sowohl der Primärenergieeinsatz als auch der Ausstoß klimaschädlicher CO₂-Emissionen drastisch verringert werden – vorausgesetzt es kommen CO₂-arme Energieträger wie Erdgas oder erneuerbare Energien zum Einsatz. Darüber hinaus kann die KWK einen entscheidenden Beitrag zum Ausgleich der erneuerbaren Energien leisten, wenn sie mit Speichern kombiniert wird. Dieses Konzept wurde schon vielfach getestet und ist als Kombikraftwerk oder „virtuelles“ Kraftwerk bekannt. Die Rahmenbedingungen für die KWK müssen insgesamt verbessert werden etwa bei der Energiebesteuerung und durch Aufnahme in das EE-Wärme-Gesetz. Die aktuelle Novelle des KWK-Gesetzes greift zu kurz, weil die Flexibilisierung vernachlässigt und der Ausbau nicht ehrgeizig genug vorangetrieben wird. Ein befristetes KWK-Anschubprogramm mit höheren Fördersätzen ist notwendig, um den jahrelangen Investitionsstau abzubauen.

Energiewende und Naturschutz:

Nur gute Planung ermöglicht den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Denn es ist völlig klar, dass auch die erforderliche Umsetzung der Energiewende, also der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien und auch der Aus- und Umbau unseres Stromnetzes sowie der Bau von möglichen neuen Stromspeichern Konflikte mit der Bevölkerung und mit dem Naturschutz verursachen kann.

Hier geht es aus Sicht von BUND und Greenpeace aber um Probleme und Konflikte, die lösbar sind, wenn dies gewollt wird. Es gibt genügend naturverträgliche Potentiale für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Für die Energiewende braucht es die verbindliche Ausweisung von ausreichenden Vorrangflächen für die Nutzung der Windenergie in allen Bundesländern. Alle Bundesländer müssen schnell damit beginnen, 2 % der Landesfläche als mögliche Vorrangfläche auszuweisen. Das Ziel ist im Jahr 2040 über 200 TWh Windstrom zu produzieren. Diese Flächen sind ausreichend vorhanden. Aber um Fehlsteuerungen zu vermeiden braucht es eine gute Planung der Standorte.

Neben naturschutzfachlichen Aspekten geht es aber auch darum, die Akzeptanz zu erhöhen. Deshalb muss es eine Selbstverständlichkeit sein, bei der Planung der Energiewende die Gesundheitsinteressen der Bevölkerung zu berücksichtigen. Für die Akzeptanz ist es wichtig, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien so erfolgt, dass die Bevölkerung vor Ort wirtschaftlich teilhaben und profitieren kann.

a) Offshore und Schallschutz

Die im Bau befindlichen Offshore-Windparks haben ein Problem mit unzureichendem Schallschutz in der Bauphase. Solange noch kein schonenderes Verfahren zur Gründung der Windräder auf See etabliert ist, muss bester technischer Schallschutz ab sofort Standard sein.

b) Windenergie im Wald

Der auch von BUND und Greenpeace grundsätzlich akzeptierte Ausbau von Windkraft im Wald muss klug gelenkt und im Rahmen der Vorranggebiete klar geregelt werden. Windkraftanlagen in Nationalparks, Naturwaldreservaten, Biosphärenreservaten Zone I und II, Naturschutzgebieten und Natura-2000-Gebieten sind absolut auszuschließen, in den übrigen Schutzgebieten dann, wenn der Schutzzweck gefährdet wird. Bei der Genehmigung von Windkraftanlagen in Wäldern außerhalb von Schutzgebieten sollen Umwelt- und Naturschutzbelange umfassend geprüft und vorrangig berücksichtigt werden. Die untere Rotorhöhe soll einen Mindestabstand zum Kronendach von mindestens 60 Metern aufweisen. Sofern technische Schutzmaßnahmen nicht ausreichen, ist von der Möglichkeit der Abschaltung in den Hauptgefährdungszeiten Gebrauch zu machen.

c) Biogasanlagen und Mais

Die Zahl der Biogasanlagen in Deutschland wächst. Dies ist gut für die Energiewende und sie sind inzwischen eine echte Einkommensalternative für Landwirte. Aber die fortschreitende Zerstörung insbesondere des besonders wertvollen artenreichen Grünlandes durch Mais- und andere Monokulturen zur Biogasgewinnung hat jedoch in vielen Bundesländern zu Verlusten biologischer Vielfalt und Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes geführt. Aus Sicht des Naturschutzes ist ein sofortiges Umbruchverbot auszusprechen, außerdem sollte statt der weiterhin gültigen Grenze von 5 % eine einzelfallbezogene Umbruchbewilligungspflicht eingeführt werden. Um den notwendigen Grünlandschutz zum Erfolg zu machen sowie effektiven Klima-, Wasser- und Bodenschutz zu betreiben, muss zudem die finanzielle Ausstattung von Agrarumweltmaßnahmen im Grünland deutlich erhöht und die Förderanreize für Biogas so verändert werden, dass Grünland geschützt und Monokulturen zukünftig verhindert werden.

d) Eingriffsregelung

Die Eingriffsregelung kompensiert unvermeidbare Schäden, auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wenn Natur dauerhaft zerstört wird, muss auch dauerhaft kompensiert werden. Eingriffe in die Natur zum Nulltarif sind bei der Energiewende nicht zu haben. Die anstehende Vereinheitlichung der Regeln für die Eingriffsregelung im Rahmen der Energiewende ist dringend notwendig, darf aber nicht zulasten der dauerhaften Qualität der dadurch ermöglichten Naturschutzmaßnahmen gehen.

4. Was macht Probleme?

Kohlekraftwerke

Es ist klar, dass keine weiteren neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden dürfen, wenn Deutschland seine Klimaziele erreichen will. Das sagen selbst die Studien der Bundesregierung. Denn Kohle ist der schmutzigste Energieträger. Außerdem betoniert jedes weitere Kohlekraftwerk die herkömmlichen Energieerzeugungsstrukturen und behindert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Zurzeit sind zwanzig neue Kohlekraftwerke geplant. Davon sind bereits zehn im Bau, die die Atmosphäre in normaler Laufzeit für die nächsten vier bis fünf Jahrzehnte mit jährlich rund 70 Mio. Tonnen CO₂ belasten werden (das allein ist ungefähr so viel wie der gesamte Energiesektor 2050 noch emittieren dürfte).

Braunkohle und Steinkohle erleben in Deutschland zurzeit eine unterschiedliche Entwicklung. Steinkohlekraftwerke sind mit stark gestiegenen Weltmarkt-Preisen für den Brennstoff konfrontiert. Hinzu kommen sinkende Volllaststunden durch die vorrangige Einspeisung von erneuerbaren Energien. Der Bau neuer Steinkohlekraftwerke gilt in der Branche als nicht mehr rentabel. Zwar sind noch insgesamt 17 neue Steinkohlekraftwerke in Bau oder Planung, doch zahlreiche Kraftwerksprojekte sind ins Stocken geraten. In 2011 wurden zwei Steinkohleprojekte von den Betreibern aufgegeben (Krefeld und Brunsbüttel/GDF Suez). Zwei weitere Steinkohleprojekte konnten durch Klagen des BUND vorerst aufgehalten werden (Datteln und Lünen/Trianel).

Die besonders klimaschädliche Braunkohle dagegen ist auf dem Elektrizitätsmarkt der zurzeit billigste fossile Energieträger. Darüber hinaus nutzen die großen Energiekonzerne die aktuelle Schwäche des europäischen Emissionshandelssektors, um den Ausbau von Braunkohle weiter voranzutreiben. Die Braunkohlebranche plant mehrere neue Tagebaue und Kraftwerke, mit denen der klimaschädliche Energieträger bis weit nach 2050 festgeschrieben werden soll. So plant Vattenfall ein neues Braunkohlekraftwerk in der Lausitz und eins in Jämschwalde, dazu noch fünf neue Tagebaue. In Profen bei Leipzig plant die Mibrag ein neues Kraftwerk und einen neuen Tagebau in Lützen. Und RWE hat 2011 einen Neubau in Niederaußem beantragt.

Mit einem weiteren Zubau der Braunkohle in Deutschland ist das Erreichen der Klimaschutzziele unmöglich. Auch stellt die unflexible Braunkohle ein großes strukturelles Problem für die Energiewende dar. Deshalb muss dieser weitere Ausbau politisch verhindert werden.

Eine große Gefahr besteht auch darin, dass das Abschalten der AKW dazu herhalten soll, alte Kohlemeiler länger als nötig am Netz zu halten. Einen ersten Vorgeschmack lieferte die Diskussion um die sogenannte Kaltreserve, die zum Winter 2011 geschaffen wurde, um möglichen Engpässen zu begegnen. Jüngst schlug die Bundesnetzagentur vor, die Umweltvorschriften für Kraftwerke zu lockern, um alte Meiler länger laufen lassen zu können als nach jetzigem Recht möglich. Die derzeit zahlreich geforderten Kapazitätzahlungen für fossile Kraftwerke (s.o.) bergen die gleiche Gefahr – zu einer Lebensversicherung für alte Dreckschleudern zu werden.

Die Bundesregierung aber setzt unbeirrt von ihren Beschlüssen zur Energiewende und zum Klimaschutz auch auf neue Kohlekraftwerke. Der Bundeswirtschaftsminister machte sogar eine Werbekampagne für neue Kohlemeiler – kurzsichtiger kann man Energiepolitik kaum betreiben.

CCS-Gesetz muss endlich vom Tisch.

Die Technologie zur Abscheidung und unterirdischen Verpressung von CO₂ (CCS), welche die Energiekonzerne entwickeln wollten, sollte ihre Kohlemeiler klimafreundlich erscheinen lassen. Fakt ist, dass die Entwicklung weltweit stockt, die Risiken heute nicht beherrschbar sind und die Technologie zudem ineffizient und sehr teuer ist. Nicht zuletzt wegen der Proteste von BUND und Greenpeace sowie vieler betroffener Bürgerinnen und Bürger sind die CCS-Pilotprojekte in Deutschland heute abgesagt. Auch das CCS-Gesetz hängt deshalb in der Luft. Die

Bundesregierung muss daraus endlich die Konsequenzen ziehen, den Gesetzentwurf zurücknehmen und stattdessen ein Verbot der CO₂-Endlagerung in Deutschland auf den Weg bringen.

Absenkung der Photovoltaik-Förderung

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist eine Erfolgsgeschichte. Das Gesetz hat zu einer unglaublichen Dynamik geführt. Viele neue Investoren, darunter Bürgerwindparks und Solargenossenschaften, sind für den Großteil des Wachstums verantwortlich. Alle gesetzten Ziele wurden vorzeitig erreicht.

Die wesentlichen Erfolgsfaktoren sind der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien und die garantierte Einspeisevergütung. Alles was diese klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen in Frage stellt ist Gift für die Energiewende. Deshalb war der Versuch einer überstürzten und überzogenen EEG-Novelle zur Senkung der Förderung der Photovoltaik falsch. Der BUND und Greenpeace begrüßen, dass eine breite Mehrheit im Bundesrat diese Regelungen vorerst gestoppt und den Vermittlungsausschuss angerufen hat. Ziel muss jetzt sein, das Gesetz grundlegend zu überarbeiten. Die im Gesetz vorgesehene drastische Absenkung des Zubaus der Photovoltaik auf nur noch 900 bis 1900 Megawatt pro Jahr bis 2017 muss aufgehoben werden. Die Vergütungskürzungen dürfen außerdem nicht wie vorgesehen stärker ausfallen als die Preisminderungen für Solarmodule. Das Vorhaben, bei kleinen Dachanlagen künftig nur noch 80 Prozent des erzeugten Stroms zu vergüten, ist eine inakzeptable Abkehr von dem wichtigen EEG-Grundsatz, dass 100 Prozent des erzeugten Stroms abgenommen und vergütet werden müssen. Auch diese Regelung darf den Vermittlungsausschuss nicht überstehen.

Der Erfolg beim Ausbau der Erneuerbaren im Strombereich hat bisher viel damit zu tun, dass nach dem parteiübergreifenden Beschluss zur Energiewende im letzten Sommer eine große Klarheit für die Investoren entstanden ist, wie die zukünftige Energiepolitik in Deutschland aussehen soll. Obwohl sich an den gesetzlichen Vorschriften im EEG kaum etwas geändert hat und auch das Ausbauziel nicht erhöht wurde, wurde die Ausbaudynamik vor Ort deutlich gesteigert. Der Vorstoß der Bundesregierung, kurzfristig die PV-Förderung zu reduzieren, hat zu einer massiven Verunsicherung geführt. Das darf sich nicht wiederholen.

Ungerechte Kostenverteilung

Einige Hundert Firmen verbrauchen rund 18 Prozent des deutschen Stroms, zahlen aber nur 0,3 Prozent der Umlage für erneuerbare Energien. Das geht aus einem Bericht der Bundesnetzagentur hervor, der im Mai veröffentlicht wurde. Die Bundesregierung lässt es zu, dass sich immer mehr industrielle Stromverbraucher über die so genannte „Besondere Ausgleichsregelung“ aus der EEG-Umlage verabschieden. Dadurch steigt die EEG-Umlage für Endverbraucher, nicht privilegierte Industrie, Handel und Gewerbe. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sich alle beteiligen und nicht die einen für die anderen mitzahlen. Problematisch sind auch die Regelungen zur so genannten Eigenerzeugung in Kraftwerken der Industrie, die ebenfalls von der EEG-Umlage befreit sind. Eine Übergangsklausel im EEG 2012 hat sogar dazu geführt, dass alte und schmutzige Kohlekraftwerke mit schlechtem Wirkungsgrad wieder in Betrieb genommen worden sind.

Die „Besondere Ausgleichsregelung“ und die Eigenstromerzeugung ergeben in diesem Jahr einen Umverteilungseffekt von über vier Milliarden Euro. Er wird nach den neuen Regelungen weiter wachsen, aber nicht einmal die Bundesregierung weiß, in welcher Höhe.

Kanzlerin Angela Merkel hatte bereits 2011 erklärt, die EEG-Umlage solle nicht über 3,5 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh) steigen. In diesem Jahr liegt sie bei 3,592 Ct/kWh. Ohne die „Besondere Ausgleichsregelung“, also bei Verteilung der Umlage auf alle Endabnehmer von

Strom in Deutschland, die ihren Strom nicht selbst erzeugen, läge der Wert hingegen nach Prognosen bei nur 2,39 Ct/kWh.

5. Lösungsvorschläge und Forderungen

Um die Energiewende voranzubringen und wirklich zu beschleunigen gibt es aus Sicht von BUND und Greenpeace sieben Aufgaben, die die Bundesregierung sofort angehen muss:

1. Verbindliche Ziele und Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs

- Die Bundesregierung muss sich für eine wirksame europäische Effizienzrichtlinie stark machen. Aktuell verhandelt die EU darüber, was unternommen werden muss, um Europa wieder auf Kurs zu bringen. Denn wenn wir weiter machen wie bisher, erreichen wir nur ungefähr die Hälfte des Energieeinsparziels. Deutschland, allen voran Wirtschaftsminister Rösler, stellt sich gegen verbindliche Maßnahmen wie eine Einsparverpflichtung für Stromanbieter und setzt damit die europäischen und eigenen Klimaziele aufs Spiel.
- Die Bundesregierung muss sich für ein europäisches Top-Runner-Programm einsetzen. Damit werden effiziente Spitzengeräte von heute zum Standardprodukt von morgen gemacht.
- Die Bundesregierung muss die Hausaufgaben im eigenen Land erledigen. Wir brauchen ein nationales Energiespargesetz, das eine absolute Senkung des Stromverbrauchs gewährleistet. Europäische Vorgaben müssen damit ambitioniert umgesetzt und sinnvoll ergänzt werden. Auch Deutschland kann mit eigenen Maßnahmen den Top-Runner-Ansatz voranbringen. Der BUND hat dazu ein Sieben-Punkte-Programm mit sofort umsetzbaren Maßnahmen vorgelegt.
- Zur Finanzierung dieser Maßnahmen braucht es einen Energieeffizienzfonds, der mit mindestens 1 Mrd. EUR pro Jahr ausgestattet ist.
- Für die Gebäudesanierung muss ein langfristiger und verbindlicher Sanierungsfahrplan vorgelegt werden.
- Das Gebäudesanierungsprogramm muss wieder auf mindestens 2 Mrd. EUR aufgestockt werden. Die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen muss endlich beschlossen werden.
- Ab 2015 müssen alle Neubauten Passivhäuser oder Plusenergiehäuser sein.

2. Sinnvolle Einigung bei der Photovoltaikförderung herbeiführen

- Aufhebung der Zubaubeschränkung
- Abnahme und Vergütung von 100 % des erzeugten Stroms
- Reduzierung der Vergütungskürzungen

3. KWK ausbauen und flexibilisieren – statt neue fossile Kraftwerke zu subventionieren

Statt über neue pauschale Subventionen für fossile Kraftwerke nachzudenken, muss die Regierung den KWK-Anteil bis 2020 auf rund 30 Prozent verdoppeln. Zugleich muss sie die Flexibilisierung der KWK durch die Förderung von Wärmespeichern vorantreiben.

4. Neubauverbot für Kohlekraftwerke – Keine „Lebensverlängerung“ mit CCS

Der BUND und Greenpeace fordern den sofortigen Stopp für den Bau neuer Kohlekraftwerke. Im nächsten Schritt muss das Ende von Kohleverstromung und -abbau gesetzlich beschlossen werden, zum Beispiel über ein Kohleausstiegsgesetz. Das Gesetz soll den Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahre 2030 vorsehen. Darüber hinaus soll darin auch bis zum Jahr 2040 der Ausstieg aus der Steinkohle gesetzlich abgesichert werden.

Die CCS-Technologie ist in Deutschland gescheitert, die CO₂-Endlagerung findet keine Akzeptanz. Deshalb muss die Bundesregierung den aktuellen CCS-Gesetzesentwurf zurückziehen und stattdessen ein Gesetz zum Verbot von CO₂-Lagern auf den Weg bringen.

5. EU-Klimaschutzziel erhöhen

Entschlossenes Handeln auf höchster Ebene ist jetzt erforderlich, um bis Juni die notwendigen europäischen Beschlüsse auf den Weg zu bringen, um das EU-Klimaschutzziel auf mindestens minus 30 % bis 2020 zu erhöhen. Zugleich muss der Emissionshandel reformiert und „heiße Luft“ (u.a. überschüssige Emissionszertifikate) aus dem System entfernt werden, damit die Energiewende flankiert und die Klimaziele erreicht werden.

6. EE-Wärme-Gesetz schnell verabschieden

Bundesumweltminister Peter Altmaier muss dieses wichtige Gesetz schnell auf den Weg bringen, mit dem klaren Ziel, dass es bei Neubauten aber vor allem auch im Gebäudebestand einen Boom von erneuerbaren Energien zum Heizen auslöst.

7. Energiewende gerecht finanzieren

Alle Befreiungen und Sonderregelungen für die Industrie bei der Zahlung der EEG-Umlage müssen überprüft und auf wenige Sonderfälle beschränkt bzw. ganz gestrichen werden.

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle
Thorben Becker
Leiter Energiepolitik
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel. (0 30) 2 75 86-421
thorben.becker@bund.net
www.bund.net

Niklas Schinerl,
Greenpeace-Energieexperte,
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg
niklas.schinerl@greenpeace.de
Telefon: 040 / 30618-304
www.greenpeace.de